

Initiativantrag zum Atomausstieg

Die Nordelbische Synode beschließt auf Ihrer Tagung vom 23.-25. September 2010 den Antrag Nr. 1:

Die Synode der Nordelbischen Evangelisch-lutherischen Kirche nimmt mit Sorge den Beschluss der Bundesregierung zur Kenntnis, den 2000/2002 ausgehandelten und gesetzlich geregelten allmählichen Ausstieg aus der Atomenergienutzung um durchschnittlich 12 Jahre hinauszuschieben.

Die Synode sieht mit dieser Ausweitung der Restlaufzeiten von Atomkraftwerken den in Deutschland erreichten gesellschaftlichen Konsens gefährdet, der seit 2002 zu einer Befriedung des lange sehr kontrovers diskutierten Themas geführt hat. Neuer atomarer Müll muss nun entsorgt werden, obwohl es schon bis heute nicht gelungen ist, eine Endlagerstätte für hochradioaktiven Müll einzurichten. Angesichts der nicht gelösten Endlagerfrage ist die weitere Vermehrung atomaren Mülls um einige tausend Tonnen nicht vertretbar.

Mit ihrem Votum schließt sich die Synode der Nordelbischen Kirche ausdrücklich dem Beschluss der Synode der EKD aus dem Jahr 2008 an:

„Kernenergie ist kein verantwortlicher Beitrag zum Klimaschutz und behindert den notwendigen Umbau der Energieversorgung. Vor allem sind ihre Risiken – insbesondere die nicht geklärte Endlagerung und das hohe Schadenspotential – nach wie vor ungelöst. Wir treten dafür ein, am Ausstieg aus der Nutzung der Kernenergie festzuhalten, dem Vertrieb dieser Technologie in Europa und weltweit eine Absage zu erteilen und den Ausstieg aus klimaschädlichen Energietechnologien weiter voranzutreiben.“ (*Kundgebung zu Klimawandel – Wasserwandel – Lebenswandel; Synode der EKD, 2008*)

Wir fordern daher die Bundesregierung, an den seit 2002 geltenden Regelungen zum Atomausstieg festzuhalten und gemeinsam mit den Regierungen der Bundesländer an einem konsensfähigen Konzept zum Umbau der Energieversorgung in Deutschland und zur Förderung regenerativer Energien zu arbeiten.

Rendsburg, 23.-25. September 2010